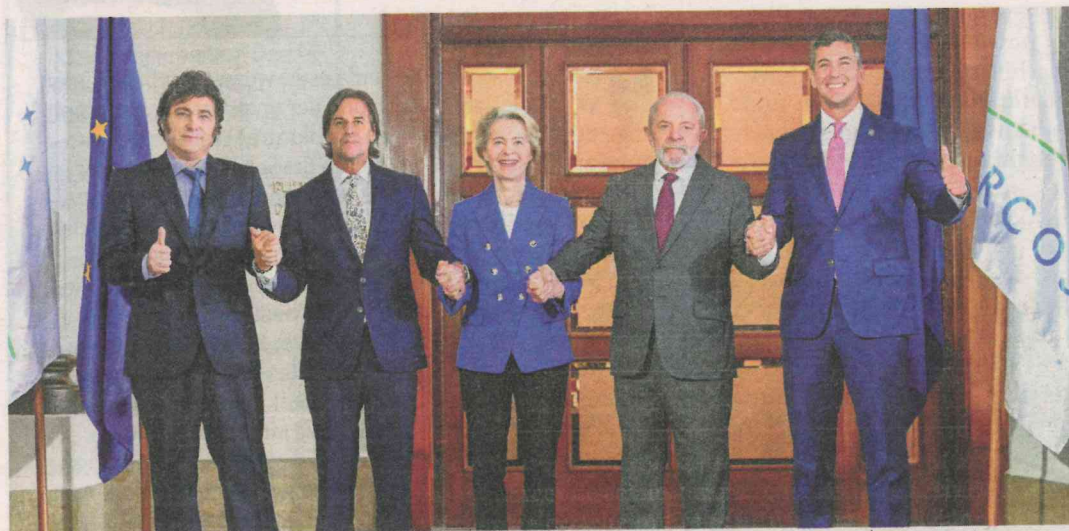


# Mercosurs Folgen für die Landwirte

**Freihandelsabkommen** Die EU-Kommission und die Mercosur-Staaten einigten sich vergangene Woche nach 25 Jahren auf ein riesiges Freihandelsabkommen. Womit Bauern jetzt rechnen müssen, haben wir hier für Sie zusammengefasst.



EU-Präsidentin Ursula von der Leyen (Mitte) mit Argentinien's Präsident Javier Milei, Luis Alberto Lacalle Pou, Präsident Uruguays, Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und Santiago Peña, Präsident von Paraguay, (v.l.) vergangene Woche im Rahmen der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens Mercosur in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay.

**N**un steht es, das Mercosur-Abkommen, trotz aller Bauernproteste. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist für ihre Unterschrift extra nach Uruguay gereist. Sie hält das Abkommen für einen „Gewinn für Europa“. Das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten würde eine der weltweit größten Freihandelszonen mit mehr als 700 Mio. Einwohnern schaffen. Zustimmung muss in jedem Fall das EU-Parlament. Dies wird frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2025 erwartet.

Zuletzt hatte vor allem die Bundesregierung Druck gemacht, die Verhandlungen endlich zu finalisieren und den Text für das Abkommen den EU-Staaten zur Abstimmung vorzulegen. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) begrüßte die Einigung als eine sehr gute Nachricht für Unternehmen. Das Abkommen könne einen „dringend notwendigen Wachstumsimpuls für die deutsche und europäische Wirtschaft“ bringen.

Ganz anderer Meinung ist die Agrarbranche. Sie befürchtet, dass europäische Landwirte künftig in einen gnadenlosen Preiskampf gezwungen werden. „Wir Bauern wurden nicht gehört. Dieses Abkommen geht einseitig zu Lasten der europäischen Bauern und schwächt unsere Betriebe massiv im Wettbewerb“, sagte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied. Geplante Mechanismen zum Schutz europäischer Standards für Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung seien nach wie vor völlig unzureichend. „Das Europäische Parlament und der Europäische Rat als nun entscheidende Institutionen dürfen das Abkommen in dieser Form nicht annehmen“, forderte Rukwied. Der Verband kritisierte, dass es ohne wesentliche Veränderungen des Agrarteils zum Abschluss gebracht worden sei. Damit sei es das Gegenteil der von der EU-Kommission zugesagten Stärkung der europäischen Landwirtschaft.

Umweltschützer sind ebenso besorgt, dass das Abkommen

die Regenwaldzerstörung in Südamerika befeuern wird. Die EU-Kommission und die Bundesregierung weisen die Vorwürfe hingegen als ungerechtfertigt zurück und betonen, dass die gesamtwirtschaftlichen Vorteile eindeutig überwiegen. So wird betont, dass weiter nur Produkte, die den umfangreichen europäischen Vorschriften entsprechen, in die EU eingeführt werden dürften.

## Übergangsphase geplant

Die Zollerleichterungen und Importkontingente gelten nach der Grundsatzvereinbarung in 2019 nicht sofort. Nach einer Übergangsphase von sechs Jahren ist für frisches und gekühltes Rindfleisch ein Importkontingent zum Zollsatz von 7,5 Prozent über 54.450 t Schlachtkörperäquivalent (SG) und zum selben Zollsatz für gefrorenes Rindfleisch über 44.550 t SG vereinbart, macht zusammen 99.000 t SG. Für die tatsächlich relevanten Importe muss man laut Verband der Fleischwirtschaft (VDF) diese Menge

jedoch mit dem Faktor 0,77 multiplizieren, um das Gewicht der eigentlich importierten Teilstücke, also das Produktgewicht (PG), zu erhalten. Demnach gelten Rindfleisch-Kontingente für rund 76.000 t PG.

Für frisches, gekühltes und gefrorenes Schweinefleisch gilt ein Einfuhrkontingent über 25.000 t SG zu 83€/t. Der Umrechnungsfaktor beträgt hier 0,83, sodass es sich effektiv um 20.750 t PG handelt. Importe von Schweinefleisch aus den Mercosur-Ländern in die EU sind aktuell jedoch veterinärrechtlich nicht zugelassen, so der VDF. Beim Start des Abkommens gelten jeweils ein Sechstel dieser Mengen, bei Rindfleisch also zusätzlich 16.500 t SG oder 12.700 t PG.

## Zugeständnisse der EU

Schwächer fallen die Zugeständnisse der EU für Milchprodukte aus. An Käse sollen die Mercosur-Staaten 30.000 t, an Magermilchpulver 10.000 t liefern dürfen. Die Zollsätze von derzeit 12 bis 28 Prozent würde die EU innerhalb von neun Jahren abbauen. Mit dem Start des Abkommens sollen zudem die Einfuhrzölle für Butter um 30 Prozent und die für Joghurts um 50 Prozent sinken.

Neben Rind- und Schweinefleisch sieht das Mercosur-Abkommen ein Importkontingent für Geflügelfleisch von 180.000 t und ein zollfreies Kontingent von 180.000 t Zucker pro Jahr vor.

Auf der anderen Seite räumen die Mercosur-Länder im Agrarbereich auf EU-Exporten Vergünstigungen ein. So werden sie ihren Schweinefleischmarkt für EU-Ware öffnen. Auch für Milchprodukte sollen EU-Molkereien einen erleichterten Zugang erhalten. Die deutschen Molkereien erhoffen sich davon aber keine großen zusätzlichen Absatzchancen, ebenso auch keinen zusätzlichen Importdruck.